

No. 14551

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
ISRAEL**

**Convention on social security (with final protocol). Signed
at Jerusalem on 17 December 1973**

Authentic texts: German and Hebrew.

Registered by the Federal Republic of Germany on 16 January 1976.

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
ISRAËL**

**Accord relatif à la sécurité sociale (avec protocole final).
Signé à Jérusalem le 17 décembre 1973**

Textes authentiques : allemand et hébreu.

Enregistré par la République fédérale d'Allemagne le 16 janvier 1976.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel
in dem Wunsche, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln,
haben folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1. In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Gebiet“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland, den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland; in bezug auf den Staat Israel, das Gebiet des Staates Israel;

2. „Staatsangehöriger“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland, einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland; in bezug auf den Staat Israel, einen israelischen Staatsbürger;

3. „Rechtsvorschriften“ die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;

4. „zuständige Behörde“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; in bezug auf den Staat Israel, den Arbeitsminister;

5. „Träger“ die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;

6. „zuständiger Träger“ den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

7. „Beschäftigung“ eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

8. „Beitragszeit“ eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Beiträge entrichtet sind oder als entrichtet gelten;

9. „gleichgestellte Zeit“ eine Zeit, soweit sie einer Beitragszeit gleichsteht;

10. „Versicherungszeit“ eine Beitragszeit oder eine gleichgestellte Zeit;

11. „Geldleistung“ eine Geldleistung oder Rente einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

Artikel 2. (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über

a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Gewährung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben;

b) die Unfallversicherung;

c) die Rentenversicherung und die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung;

2. auf die israelischen Rechtsvorschriften über

- a) die Mutterschaftsversicherung;
- b) die Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;
- c) die Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

(2) Rechtsvorschriften im Sinne des Absatzes 1 sind nicht diejenigen, die sich für einen Vertragsstaat aus zwischenstaatlichen Verträgen oder aus Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften ergeben oder zu deren Ausführung dienen, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 3. (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates dessen Staatsangehörigen gleich

- a) Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu diesem Abkommen,
- c) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates ableiten,

wenn sie sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates, die sich außerhalb der Gebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaates.

Artikel 4. (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen oder die Gewährung von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Inlandsaufenthalt abhängig ist, nicht für die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Personen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten. Dies gilt entsprechend für Personen, die nicht in Artikel 3 Absatz 1 genannt sind, soweit es sich nicht um die Zahlung von Renten oder einmalige Geldleistungen nach den in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b* und *c* sowie Nummer 2 Buchstaben *b* und *c* bezeichneten Rechtsvorschriften handelt.

(2) Absatz 1 berührt nicht die Rechtsvorschriften über die Gewährung von Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit nach den in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *c* und Nummer 2 Buchstabe *c* bezeichneten Rechtsvorschriften.

Artikel 5. Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich, soweit die Artikel 6 bis 10 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 6. Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat von einem Unternehmen beschäftigt wird, dem er gewöhnlich angehört, von diesem Unternehmen in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für Rechnung dieses Unternehmens auszuführen, so gelten für die Dauer der Beschäftigung im zweiten Vertragsstaat die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt; dies gilt auch, wenn das Unternehmen im Gebiet des zweiten Vertragsstaates eine Zweigniederlassung unterhält.

Artikel 7. (1) Für die Besatzung eines Seeschiffes gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge es führt.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaates führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Gebiet des ersten Vertragsstaates hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt.

Artikel 8. Die Artikel 5 bis 7 gelten entsprechend für Personen, die nach in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften den Arbeitnehmern gleichgestellt sind.

Artikel 9. (1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer amtlichen Vertretung dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslandes wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung ab.

(3) Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für in Absatz 1 genannte Arbeitnehmer, die von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt werden.

Artikel 10. Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 8 kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 5 bis 9 anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unterstellt wird. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Arbeitnehmer nicht in dessen Gebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem er zuletzt vorher beschäftigt war. War er vorher nicht in dessen Gebiet beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem die zuständige Behörde dieses Vertragsstaates ihren Sitz hat.

ABSCHNITT II. BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1. LEISTUNGEN IM FALLE DER MUTTERSCHAFT

Artikel 11. (1) Für den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und Zeiten des Bezuges einer Leistung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Absatz 1 gilt für Leistungen, deren Gewährung im Ermessen eines Trägers liegt, entsprechend.

Artikel 12. Artikel 4 Absatz 1 gilt nicht für eine Person, solange für sie Leistungen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates beansprucht werden können, in dessen Gebiet sie sich aufhält.

Artikel 13. (1) Bei Anwendung des Artikels 4 Absatz 1 sind die Sachleistungen

- in der Bundesrepublik Deutschland: von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,
- in dem Staat Israel: von der Nationalversicherungsanstalt zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften mit Ausnahme der Rechtsvorschriften über die Dauer der Leistungsgewährung, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie der sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren.

(3) Personen und Einrichtungen, die mit den im Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die in Artikel 4 Absatz 1 genannten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, wie wenn diese Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

(4) Bei Anwendung des Artikels 4 Absatz 1 werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers Geldleistungen von dem in Absatz 1 genannten Träger des Aufenthaltsortes ausgezahlt.

(5) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die nach den Absätzen 1 und 4 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(6) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Kapitel 2. UNFALLVERSICHERUNG

Artikel 14. (1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß für den Leistungsanspruch auf Grund eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften früher eingetretene Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für früher eingetretene, unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates fallende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Unfällen (Krankheiten) stehen solche gleich, die nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften als Unfälle oder Entschädigungsfälle anerkannt sind.

(2) Der zur Entschädigung des später eingetretenen Versicherungsfalles zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 15. (1) Für den Leistungsanspruch auf Grund einer Berufskrankheit werden vom Träger eines Vertragsstaates auch die Beschäftigungen berücksichtigt, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen. Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvor-

schriften des Vertragsstaates gewährt, in dessen Gebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Von der Rente gewährt jeder Träger nur den Teil, der dem Verhältnis der Dauer der im Gebiet des eigenen Vertragsstaates ausgeübten zur Dauer der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Beschäftigungen entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Gewährung der Hinterbliebenenrente und der Beihilfe an Hinterbliebene.

Artikel 16. (1) Artikel 4 Absatz 1 gilt in bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während der Heilbehandlung den Aufenthalt in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthaltes vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 kann nur wegen des Gesundheitszustandes der Person verweigert werden. Sie kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat.

Artikel 17. (1) Hat ein Träger des einen Vertragsstaates einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaates Sachleistungen zu gewähren, so sind sie unbeschadet des Absatzes 3

- in der Bundesrepublik Deutschland: von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,
- in dem Staat Israel: von der Nationalversicherungsanstalt zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Ist nach Absatz 1 Berufshilfe zu gewähren, so wird sie vom Träger der Unfallversicherung im Gebiet des Aufenthaltsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erbracht. Zuständig ist der Träger der Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates zu entscheiden wäre.

(4) An Stelle des in Absatz 1 genannten Trägers kann der in Absatz 3 Satz 2 genannte Träger der Unfallversicherung die Leistungen erbringen.

(5) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur gewährt, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden.

(6) Artikel 13 Absatz 3 gilt entsprechend.

(7) Geldleistungen mit Ausnahme von Rente, Abfindungen, Pflegegeld und Sterbegeld werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers von dem in Absatz 1 genannten Träger ausbezahlt.

Artikel 18. (1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die nach Artikel 17 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

Artikel 19. Die Abfindung einer Rente wegen des gewöhnlichen Aufenthaltes des Berechtigten im Gebiet des anderen Vertragsstaates kann nur auf Antrag des Berechtigten gewährt werden.

*Kapitel 3. RENTENVERSICHERUNG (VERSICHERUNGSFÄLLE
DES ALTERS UND DES TODES)*

Artikel 20. (1) Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechnungsfähige Versicherungszeiten vorhanden, so werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates anrechnungsfähig sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Dies gilt für Leistungen, deren Gewährung im Ermessen des Trägers liegt, entsprechend. In welchem Ausmaß Versicherungszeiten anrechnungsfähig sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die die Anrechnungsfähigkeit bestimmen.

(2) Besteht mit oder ohne Berücksichtigung des Absatzes 1 ein Rentenanspruch nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten und ist nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften eine Versicherungszeit von weniger als zwölf Monaten für die Berechnung der Rente anzurechnen, so kann ein Rentenanspruch nach diesen Rechtsvorschriften nicht geltend gemacht werden. In diesen Fällen stehen die Versicherungszeiten ohne Rücksicht auf ihre zeitliche Lage für die Berechnung der Rente den nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates anzurechnenden Versicherungszeiten unbeschadet des Artikels 21 Absatz 1 gleich.

Artikel 21. (1) Bemessungsgrundlagen werden aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften für die Rentenberechnung zu berücksichtigen sind.

(2) Besteht nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Anspruch auf Leistungen, die mit Rücksicht auf die Kinder des Berechtigten oder diesen gleichgestellte Kinder gewährt werden, so werden diese Leistungen jeweils nur zur Hälfte gewährt. Dies gilt auch, wenn die Leistungen als Leistungsteile in Hinterbliebenenrenten enthalten sind oder zu solchen gewährt werden. Besteht der Anspruch auf die betreffende Leistung nur nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, so wird sie nur zur Hälfte gewährt, wenn die Voraussetzungen für den Anspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 20 Absatz 1 erfüllt sind.

Artikel 22. Für den deutschen Träger gilt folgendes:

1. Die nach Artikel 20 Absatz 1 zu berücksichtigenden israelischen Versicherungszeiten werden in dem Versicherungszweig berücksichtigt, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Wäre danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständig, so werden nach den israelischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt sind.

2. Hängt die Versicherungspflicht davon ab, daß weniger als eine bestimmte Zahl von Beiträgen entrichtet wurde, so werden die nach den israelischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Beitragszeiten für die Entscheidung über die Versicherungspflicht berücksichtigt.

3. Für die Anrechnung von Ausfallzeiten, die nicht pauschal gewährt werden, und für die Hinzurechnung einer Zurechnungszeit stehen den nach deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Pflichtbeiträgen die nach den israelischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Pflichtbeiträge gleich.

4. Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 20 Absatz 1 erfüllt, so werden die auf die Zurechnungszeit entfallenden und die übrigen nicht nach der Dauer der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten errechneten Rententeile nur zur Hälfte gewährt.

ABSCHNITT III. VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1. AMTSHILFE UND RECHTSHILFE

Artikel 23. (1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe mit Ausnahme der Barauslagen ist kostenlos.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstaufschlag, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 24. (1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Gebiet eines Vertragsstaates aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie in Konkurs- und Vergleichsverfahren im Gebiet des anderen Vertragsstaates die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Gebiet dieses Vertragsstaates.

Artikel 25. (1) Sind Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer der in Artikel 23 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaates vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften einer in Artikel 23 Absatz 1 genannten Stellen eines Vertragsstaates vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaates keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 26. Die in Artikel 23 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 27. (1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Dies gilt nicht, soweit der Antragsteller nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzung maßgebend sein soll.

Artikel 28. Die berufskonsularischen Behörden des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen ihres Staates notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den in Artikel 23 Absatz 1 genannten Stellen im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

Kapitel 2. DURCHFÜHRUNG UND AUSLEGUNG DES ABKOMMENS

Artikel 29. (1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden hiermit Verbindungsstellen eingerichtet. Diese sind

- in der Bundesrepublik Deutschland:
 - für die Krankenversicherung der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn-Bad Godesberg,
 - für die Unfallversicherung der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn,
 - für die Rentenversicherung der Arbeiter die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf,
 - für die Rentenversicherung der Angestellten die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,
 - für die knappschaftliche Rentenversicherung die Bundesknappschaft, Bochum,
 - für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;
- in dem Staat Israel:
 - die Nationalversicherungsanstalt.

Artikel 30. (1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaates auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaates auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 31. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaates zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen der Artikel 24 und 30 an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaates zu leisten.

Artikel 32. (1) Hat der Träger eines Vertragsstaates Geldleistungen zu Unrecht gewährt, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von der Nachzahlung einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß im Hinblick auf den Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gezahlt, so ist der gezahlte Betrag von der Leistung zugunsten dieses Trägers einzubehalten.

(3) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaates Leistungen gewährt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Gebiet des ersten Vertragsstaates.

Artikel 33. (1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch

der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

ABSCHNITT IV. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 34. (1) Dieses Abkommen begründet, soweit es nichts anderes bestimmt, keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können unter dessen Berücksichtigung von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt unbeschadet des Artikels 27 Absatz 2 der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

(5) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 4 keine oder eine niedrigere Rente als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlungsbetrages weiter zu gewähren.

Artikel 35. Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 36. Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 37. (1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 38. (1) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthaltes im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Jersusalem am 17. Dezember 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und hebräischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
JESCO VON PUTTKAMER

Für den Staat Israel:
JOSEF ALMOGI

SCHLUSSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDES- REPUBLIK DEUTSCHLAND UND DEM STAAT ISRAEL ÜBER SOZIAL- ALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. *Zu Artikel 2 des Abkommens.* Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gilt Abschnitt II Kapitel 3 des Abkommens nicht.

2. *Zu Artikel 3 des Abkommens.* a) Versicherungslastregelungen in Staatsverträgen bleiben unberührt.

b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

3. *Zu Artikel 4 des Abkommens.* Absatz 1 berührt nicht die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus

- Unfällen (Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war,
- Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind.

4. *Zu Artikel 9 des Abkommens.* Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tage des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tage.

5. *Zu Artikel 4 und Abschnitt II Kapitel 1 des Abkommens.* a) Als Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Ziffer 1 Buchstabe a des Abkommens gelten nur diejenigen in bezug auf den Versicherungsfall der Mutterschaft.

b) Artikel 4 Absatz 1 des Abkommens gilt entsprechend in bezug auf den Betrag, den der Träger der Rentenversicherung zum Krankenversicherungsbeitrag leistet.

6. *Zu Artikel 14 des Abkommens.* Wirkt sich nach den deutschen Rechtsvorschriften der Bezug einer Rente aus der Rentenversicherung auf die Höhe des Leistungsanspruchs aus der Unfallversicherung aus, so kommt dieselbe Wirkung dem Bezug einer gleichartigen Rente nach den israelischen Rechtsvorschriften zu.

7. *Zu Abschnitt II Kapitel 3 des Abkommens.* Abschnitt II Kapitel 3 des Abkommens gilt bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für deutsche Staatsangehörige in bezug auf die Versicherungsfälle der Berufsunfähigkeit, der Erwerbsunfähigkeit und der verminderten bergmännischen Berufsfähigkeit entsprechend.

8. *Zu Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens.* Renten (einschließlich der Rentenabfindungen und der in Nummer 5 Buchstabe *b* dieses Schlußprotokolls bezeichneten Beträge) nach den in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b* und *c* und Nummer 2 Buchstaben *b* und *c* bezeichneten Rechtsvorschriften werden bereits für die Zeit vom 1. Januar 1973 an nach Maßgabe des Abkommens festgestellt und gewährt.

9. Bei der Anwendung des Abkommens werden deutsche Rechtsvorschriften, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Jerusalem am 17. Dezember 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und hebräischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
JESCO VON PUTTKAMER

Für den Staat Israel:
JOSEF ALMOGI

(6) לסעיף 14 של האסמבה:

היתה לפי הדינים הגרמנים השפעה לקבלת קצבה מכח ביטוח פנסיות על השיעור של התביעה לגימלה לפי ביטוח תאובות, תהא אותה השפעה לקבלת קצבה מאותו סוג לפי הדינים הישראליים.

(7) לחלק ב', פרק 3 לאסמבה:

חלק ב', פרק 3 של האסמבה חל, אגב תחולת הדינים הגרמנים על אזרחים גרמנים, בשינויים המחויבים, לגבי האירועים המפורסמים של אי-כושר לעבוד במקצוע, של אי-כושר להשתכר ושל הפחתת הכושר לעבוד במקצוע של כורה.

(8) לסעיף 34(1) לאסמבה:

קצבות (לרבות פדיון קצבה והסכומים המפורסמים בפרט 5(ב) של פרוטוקול סיום זה) לפי הדינים המפורסמים בסעיף 2(1)(1)(ב) ו-2(ג) ובסעיף 2(1)(2)(ב) ו-2(ג) ייקבעו ויוענקו על פי האסמבה כבר בעד התקופה המתחילה ב-1 בינואר 1973.

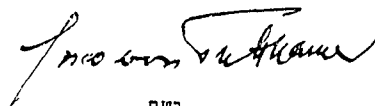
(9) תחולת האסמבה לא תפגע בדינים גרמנים במידה שיש בהם הסדרים נוחים יותר לבפגעים בגלל עמדתם הפוליטית או מסעמים שבגזעם ובאסונותם הדתית או בהשקפת עולמם.

לראיה חתמו החתומים מטה המוסמכים לכך כדאוי על ידי ממשלותיהם ל פרוטוקול סיום זה והסביעו בו את חותמיהם.

ערך בירושלים ביום כב' לחודש כסלו תשל"ד (17 לחודש דצמבר 1973)

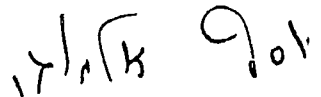
זני עותקים כל אחד בשפה העברית והגרמנית כאשר כל אחד משני

רוסחים מחייב באורה שורה.



בשם

הרפו בליקה הפדראלית גרמניה



בשם

מדינת ישראל

פרוטוקול סיוט לאמנה בין מדינת ישראל

לבין הרפובליקה הפדראלית גרמניה על ביטחון סוציאלי

בשעת חתימת האמנה על בטחון סוציאלי שנערכה היום בין מדינת ישראל לבין הרפובליקה הפדראלית גרמניה הצהירו סיופי הכח של שני בעלי האמנה שקיימת אחידות דעות על אלה:

(1) לסעיף 2 של האמנה:

חלק ב, פרק 3 של האמנה לא יחול על הביטוח הנוסף של עובדי התעשייה המסלורגית שברפובליקה הפדראלית גרמניה.

(2) לסעיף 3 של האמנה:

(א) לא ייפגעו הסדרים על הנסל בביטוח שבאמנות בין-לאומיות.
(ב) לא ייפגעו דינים של אחד מבעלי האמנה, המבטיחים את שיתוף הפעולה של המבוטחים ושל המעבידים במוסדות השלטון העצמי של המבצעים ושל האיגודים וכן בשיפוט במשפט הבטחון הסוציאלי.

(3) לסעיף 4 של האמנה:

סעיף קטן (1) לא יפגע בדינים הגרמנים על גימלאות - הנובעות מתאונות (מחלות מקצוע) כשבשעת אירוע המקרה הנפגע לא היה מבוטח לפי המשפט הפדראלי;
שעילתן בתקופות ביטוח שלא לפי המשפט הפדראלי.

(4) לסעיף 9 של האמנה:

המועד שנקבע בסעיף קטן (2) יתחיל - לגבי הטועסקים ביום תחילתה של האמנה - באותו יום.

(5) לסעיף 4, לחלק ב', פרק 1 של האמנה:

(א) רואים כדינים על ביטוח בריאות כמשמעותם בסעיף 2(1)(1)(א) של האמנה רק את הדינים הנוגעים לאירוע המבוטח בביטוח אמהות.
(ב) סעיף 4(1) של האמנה יחול בשיבוים המחייבים על הסכום שהמבצע של ביטוח פנסיות משתתף בו בדמי ביטוח בריאות.

סעיף 37

(1) אמנה זו מערבה אישרור; מסמכי האישור יוחלפו בקרוב, ככל האפשר, בבור.

(2) תחילתה של אמנה זו היא ביום הראשון של החודש השני לאחר תום החודש שבו הוחלפו מסמכי האישור.

סעיף 38

(1) תקפה של האמנה הוא לזמן בלתי קבוע מראש. כל אחד מבעלי האמנה רשאי להודיע על סיום תקפה לסוף שנה קלנדארית פלונית, ובלבד שההודעה תינתן שלשה חרשים לפחות מראש.

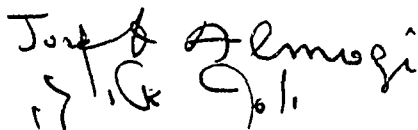
(2) פג תקפה של האמנה מכח מתן הודעת סיום, ימשיכו לחול הוראותיה על התביעות לגימלאות שעילתן בולדה עד המועד האמור; סייגים בדיבים בדבר שלילת זכות התביעה או השתייתן של גימלאות או שלילתן בשל שהיה בחוץ לארץ לא יובאו בחשבון לגבי תביעות אלה.

לראיה חתמו החתומים מטה המוסמכים לכך כראוי על ידי ממשלותיהם על אמנה זו והמביעו בה את חותמיהם.

נערך בירושלים ביום כ"ב לחודש כסלו תשל"ד (17 לחודש דצמבר 1973) בשני עותקים כל אחד בשפה העברית והגרמנית כאשר כל אחד משני הבוסחיים מחייב באורח שווה.



בשם
הרפובליקה הפדראלית גרמניה



בשם
מדינת ישראל

חלק ד' הוראות מעבר והוראות סיום

סעיף 34

- (1) באין בה הוראה אחרת, לא תקנה אמנה זו זכות תביעה לתשלום גימלאות לפרק הזמן שלפני תחילתה.
- (2) לענין תחולת אמנה זו יבואו בחשבון גם העובדות מלפני תחילתה שיש להן חשיבות לענין לפי הדינים של בעלי האמנה.
- (3) מעשה בית - דין, בהחלטות קודמות, לא ישמש מחסום בפני תחולת האמנה.
- (4) נקבעו קצבות לפני תחילתה של אמנה זו, ניתן לקבען מחדש, ביזמתה של הרשות, בשים לב להוראותיה. מבלי לגרוע מסעיף 27(2), רואים במקרים אלה את המועד שבו החל המבצע בהליכים, כיום הגשת הבקשה לפי הדינים של בעל האמנה השני.
- (5) היתה התוצאה של הקביעה מחדש לפי סעיף קטן (4) שלא היתה מגיעה קצבה בכלל או שהיתה מגיעה קצבה בשיעור שהוא נמוך מהשיעור שבו שולמה לאחרונה לפני תחילתה של אמנה זו, ימשיכו בתשלום הקצבה לפי השיעור הקודם.

סעיף 35

פרוטוקול הסיום המצורף הוא חלק של אמנה זו.

סעיף 36

אמנה זו תחול גם על הלאנד ברלין זולת אם ממשלת הרפובליקה הפדרלית גרמניה תמסור לממשלה של מדינת ישראל הצהרה בוגדת תוך שלשה-חדשים מיום תחילתה של אמנה זו.

סעיף 33

(1) חילוקי דעות בין שבי בעלי האמנה על פירושה של האמנה או ביצועה ייושבו, ככל האפשר, על ידי הרשויות המוסמכות.

(2) לא ניתן ליישב חילוקי דעות בדרך זו, יובאו לפי דרישת אחד מבעלי האמנה להכרעה בפני בית דין של בוררים.

(3) בית הדין של הבוררים יורכב, בכל מקרה ומקרה, דרך מבחיר של חבר אחד על ידי כל אחד מבעלי האמנה והסכמתם של שני החברים על אזור מדינה שלישיה כיושב ראש שימונה על ידי הממשלות של שני בעלי האמנה. החברים יתמנו תוך חודשיים, והיושב ראש - תוך שלשה חודשים לאחר שאחד מבעלי האמנה הודיע לשני שברצונו להביא את חילוקי הדעות בפני בית דין של בוררים.

(4) לא שטרו על המועדים המפורטים בסעיף קטן (3), ראשי, בהעדר הסכם אחר, כל אחד מבעלי האמנה לבקש את נשיא בית הדין הבין-לאומי לבצע את המבויים הדרושים. היה הנשיא אזרח של אחד מבעלי האמנה או נבצר מסבו מסיבה אחרת לבצע את המבויים, יבצע סגן הנשיא את המבויים. היה גם סגן הנשיא אזרח של אחד מבעלי האמנה או נבצר מסבו לבצע, יבצע את המבויים חבר בית הדין, בעל הדרגה הגבוהה ביותר אחרי אלה שאיננו אזרח אחד מבעלי האמנה.

(5) בית הדין של הבוררים יכריע ברוב דעות, על סמך האמנות שבין בעלי האמנה והמסמך הבין-לאומי הכללי, הכרעותיו יחייבו את בעלי הדין. כל אחד מבעלי האמנה ישא בהוצאות חברו בהרכב וכן בהוצאות ייצוגו בהליכים לפני בית הדין של הבוררים; בהוצאות של היושב-ראש ובהוצאות האחרות ישאו בעלי האמנה בחלקים שווים. בית הדין של הבוררים ראוי לקבוע הסדר אחר בדבר בטל ההוצאות. בית הדין של הבוררים יקבע בעצמו את יתר סדרי הדין בפניו.

(2) היר תביעות לשפוי בשל גימלאות מאותו סוג שעילתן באותו אירוע של נזק, הן בידי מבצע של אחד מבעלי האמנה והן בידי מבצע של בעל האמנה השני, יתבצע המבצע של אחד מבעלי האמנה, על פי בקשת המבצע של בעל האמנה השני, גם את שפוי של בעל האמנה השני. הצד השלישי רשאי להשתחרר מתביעות שני המבצעים על ידי תשלום לכל אחד מהם לפי בחירתו. ביחסים שניניהם, חייבים המבצעים זה לזה בתשלומי השוואה לפי יחס הגימלאות שכל אחד מהם חייב בהן.

סעיף 31

היה אחד המבצעים חייב בתשלומים לידי מבצע של בעל האמנה השני, ישלם במטבע של בעל האמנה השני. היה אחד המבצעים חייב בתשלומים לידי מבצע של בעל האמנה השני ונתקיימו התנאים של הסעיפים 24 ו-30, ישלם במטבע של בעל האמנה הראשון.

סעיף 32

(1) נתן המבצע של אחד מבעלי האמנה גימלאות בכסף שלא כדין, ניתן לעכב לזכות המבצע את הסכום ששולם שלא כדין, אגב תשלום הפרשים בגימלה מקבילה, לפי הדינים של בעל האמנה השני.

(2) שילם המבצע של אחד מבעלי האמנה מפרעה על חשבון תביעה לגימלה לפי הדינים של בעל האמנה השני, יעוכב, בשעת תשלום הגימלה, הסכום ששולם, לזכות המבצע האמור.

(3) היתה לאדם, לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, תביעה לגימלה בכסף בעד פרק זמן שלגביו הוענקה, לו או לבני משפחתו, גימלת סעד ממוסד סעד של בעל האמנה השני, יעוכב סכום השורה לגימלת כסף כאמור, על פי דרישתו של מוסד הסעד הזכאי לשפוי ולזכותו, כאילו מוסד זה היה מוסד סעד שמקום מושבו בשטח בעל האמנה הראשון.

(2) מוסדות בזה רשויות קשר לביצוע האמנה. רשויות אלה הן:

במדינת ישראל -

המוסד לביטוח לאומי.

ברפובליקה הפדראלית גרמניה לענין ביטוח בריאות
'האיגוד הפדראלי של קופות החולים המקומיות, בון-בר גודסברג'
(Bundesverband der Ortskrankenkassen)

לענין ביטוח תאונות
האיגוד הראשי של האגודות השיטופיות המקצועיות למלאכה,
אגודה ושומה, בון
(Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V.)

לענין ביטוח הפנסיות של הפרעלים
המוסד האיזורי לביטוח של חבל הריין, דיסלדורף
(Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz)

לענין ביטוח הפנסיות של הפקידים
המוסד הפדראלי לביטוח פקידים, ברלין
(Bundesversicherungsanstalt für Angestellte)

לענין ביטוח הפנסיות של הכורים
האיגוד הפדראלי לכורים, בוכום
(Bundesknappschaft)

לענין הביטוח הנוסף לעובדי התעשיה המסלורגית
המוסד האיזורי לביטוח לסארלנד, סארבריקן
(Landesversicherungsanstalt für das Saarland)

סעיף 30

(1) היה אדם זכאי לגימלאות, לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, בשל
נזק שנתעורר בשטח בעל האמנה השני, והוא גם זכאי, לפי הדין של אותו
בעל אמנה, לפצויים בשל הנזק מצד שלישי, תעבור התביעה לפיצויים
לידי המבצע של בעל האמנה הראשון לפי הדינים החלים עליו.

סעיף 27

(1) הוגשה הבקשה למתן גימלה לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה לרשות של בעל האמנה השני, המוסמכת לקבלת הבקשה לגימלה מקבילה לפי הדינים החלים עליה, רואים את הבקשה כאילו הוגשה למבצע המוסמך. הוא הדיון, בשינויים המחוייבים, לגבי בקשות אחרות וכן לגבי הצהרות ועתירות לסעד.

(2) רואים בקשה למתן גימלאות לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה גם כבקשה לגימלה מקבילה לפי הדינים של בעל האמנה השני. הוראה זו לא תחול במידה שלפי הדינים של בעל אמנה זה רשאי המבקש לקבוע את המועד שיהא קובע לענין קיום התנאים למתן הגימלאות.

סעיף 28

על פי בקשת הזכאים רשאויות הרשויות הקונסולריות שבמשרה של אחד מבעלי האמנה שבשטח בעל האמנה השני לבקום את הצעדים הדרושים להבטחת הזכויות של אזרחי מדינתן ולשמירתן מבלי להציג יפוי כח. במיוחד רשאויות הן להגיש לסובת אותם האזרחים לרשויות המפורטות בסעיף 23(1) בקשות והצהרות או עתירות לסעד.

פרק 2

ביצועה של האמנה ופירושה

סעיף 29

(1) הרשויות המוסמכות רשאויות לבוא לידי הסכם על הצעדים המנהליים הדרושים לביצועה של אמנה זאת. הרשויות יודיעו זו לזו על תיקונים ותוספות לדינים החלים עליהן והמפורטים בסעיף 2.

(3) ההחלטות והמסמכים שהם בני ביצוע ושהוכרו לפי סעיף ק"ן (1), יבוצעו בשטח בעל האמנה השני. על הליכי ההוצאה לפועל יחולו הדינים החלים בשטח בעל האמנה המתבקש לבצעם, על ביצועם של ההחלטות והמסמכים המקבילים שהוצאו באותה המדינה. עלתק ההחלטה או הסמך ישא אישור שהם בני ביצוע (הוראת אכיפה).

(4) תביעות של מבצעים בשטח אחד מבעלי האמנה שעילתן בפיגורים בתשלום דמי ביטוח, יהנו בהוצאה לפועל וכן בהליכי פשיטת רגל והסדר בשטח בעל האמנה השני מאותן זכויות קדימה כמו התביעות המקבילות בשטח אותו בעל אמנה.

סעיף 25

(1) היר תעודות או מסמכים אחרים שיש להגישם לרשויות המפורסות בסעיף 23(1), של אחד מבעלי האמנה, פטורים ממסים או מאגרות, לרבות אגרות קונסולריות והטלים מנהליים, אולם או מקצתם, יחול הפטור גם על תעודות או מסמכים אחרים שיש להגישם בביצוע הדינים המפורסים בסעיף 2(1) לרשות מקבילה של בעל האמנה השני.

(2) תעודות שיש להגישן, בביצוע הדינים המפורסים בסעיף 2(1), לרשות של אחד מבעלי האמנה הנמנית עם הרשויות המפורסות בסעיף 23(1), אינן מעבירות אימות או פעולה פורמלית כיוצאת בזה, לענין השמוש בהן בפני רשויות של בעל האמנה השני.

סעיף 26

בביצועם של הדינים המפורסים בסעיף 2(1) ושל אמנה זו רשאיות הרשויות המפורסות בסעיף 23(1) להתכתב בשפות הרשמיות שלהן במישרין זו עם זו וכן עם הנוגעים בדבר ובאי כחם. הוראה זו אינה גורעת מדינים בדבר הזדקקות למתורגמנים. מותר להמציא פסקי דין, החלטות או מסמכים אחרים במישרין לפי שנמצא בשטח בעל האמנה השני בדאך לשום עם קבלה חוזרת.

(4) לא בחקייסו התנאים לתביעת הקצבה אלא בשים לב לאמור בסעיף 20(1), לא ירענקו אותם החלקים של הקצבה המתיחסים לתוספת תקופה ויתר חלקי הקצבה שאינם מחושבים לפי אורך תקופת הביטוח שיש להבין בחשבון - אלא בשיעור מחציתם בלבד.

חלק ג' הוראות שונות

פרק 1

עזרה מנהלית ועזרה משפטית

סעיף 23

(1) המבצעים, האיגודים של מבצעים, הרשויות ובתי המשפט של בעלי האמנה יגישו זה לזה עזרה הדדית בביצועם של הדינים המפורטים בסעיף 2(1) ושל אמנה זו כאילו החילו את הדינים החלים עליהם. מתן עזרה זו - למעט ההוצאות במזומנים - לא יזכה בתשלום.

(2) סעיף קמן (1), משפט ראשון חל גם על נדיקות רפואיות. הרשות המבקשת תחזיר את הוצאות הבדיקות, הוצאות הנסיעה, הפסדי ההשתכרות, הוצאות האכסון לצרכי הסתכלות והוצאות אחרות שבמזומנים - למעט דמי דאר. לא יוחזרו ההוצאות אם למבצעים המוסמכים של שני בעלי האמנה היה עבין בבדיקה הרפואית.

סעיף 24

(1) החלטות בנות ביצוע של בתי המשפט וכן מסמכים בני ביצוע של המבצעים או הרשויות של אחד מבעלי האמנה, בדבר דמי ביטוח ותביעות אחרות שעילתן בביטוח הסוציאלי יוכרו על ידי בעל האמנה השני.

(2) אין לסרב להעניק את ההכרה אלא אם היא נוגדת את תקנת הציבור של בעל האמנה המתבקש להכיר בהחלטה או במסמך.

סעיף 21

(1) יסודות לחישוב יחוברו מתקופות ביטוח שיש להביאן בחשבון לענין חישוב הקצבות לפי הדינים החלים.

(2) היתה לפי הדינים של כל אחד מבעלי האמנה תביעה לגימלאות הניתנות בשים לב לילדיו של הזכאי או לילדים שדינם כדיון ילדיו של הזכאי, לא ינתנו גימלאות אלה אלא בשיעור מחציתן. הוא הדיון גם אם גימלאות אלה נכללות כחלק של גימלאות בקצבת שאירים או ניתנות כחוספות לאלה. לא היתה התביעה לגימלה הנדונה קיימת אלא לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, תינתן מחצית¹ הגימלה בלבד אם נתקיימו התנאים לקיום תביעה רק מכח האמור בסעיף 20(1).

סעיף 22

על המבצע הגרמני יחולו אלה: -

(1) תקופות הביטוח הישראליות שיש להביאן בחשבון לפי סעיף 20(1), יבואו בחשבון בענף הביטוח שמבצעו מוסמך לקביעת הגימלה, תוך כדי החלתם הבלעדית של הדינים הגרמנים. היה, לפי כלל זה, מוסמך הענף של ביטוח הפנסיות של הכורים, יבואו בחשבון בביטוח הפנסיות של הכורים תקופות ביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים הישראליים, אם התייחסו לתקופות עבודה במכרה שלא מעל האדמה.

(2) היתה חובת הביטוח תלויה בכך שפחות ממספר מסוים של דמי ביטוח מולמו, יבואו בחשבון, לענין ההכרעה על חובת הביטוח, תקופות דמי הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים הישראליים.

(3) לענין הבאתן בחשבון - שלא בסכום חד - של תקופות שלא יבואו במגין (Ausfallzeiten), ולענין הוספת תוספת תקופה (Zurechnungszeit) יהיה דין שווה לדמי ביטוח החובה שיש להביאם בחשבון לפי הדינים הגרמנים ולדמי ביטוח החובה שיש להביאם בחשבון לפי הדינים הישראליים.

(2) על פי הצעת המבצעים, הנוגעים בדבר רשאויות הרשויות המוסמכות להתנות שהסכומים שהוצאו יוחזרו, לשם פישוט מנהלי, על ידי תשלום סכום חד, הן בכל המקרים והן בסוגים מסוימים של מקרים.

סעיף 19

לא תפדה קצבה בשל המצאו של הזכאי דרך כלל בשמח בעל האמנה השני אלא על פי בקשת הזכאי.

פרק 3

ביטוח פנסיות (האירועים המבוטחים של זקנה ומות)

סעיף 20

(1) היו קיימות, לפי הדינים של שני בעלי האמנה, תקופות ביטוח שניתן להביאן בחשבון, יובאו בחשבון, לענין רכישת החביעה לגימלה לפי הדינים החלים, גם תקופות הביטוח שניתן להביאן בחשבון לפי הדינים של בעל האמנה השני ושאינן חופפות. הוא הדיון, בשינויים המחוייבים, בגימלאות המוענקות על פי שיקול דעתו של המבצע בלבד. על הסידה שבה ניתן להביא בחשבון תקופות ביטוח, חלים הדינים הקובעים אם ניתן להביאן בחשבון.

(2) היתה קיימת, בשים לב לאמור בסעיף קמ"א (1) או בלעדיו, חביעת קצבה לפי הדינים של כל אחד מבעלי האמנה, ריש להביא בחשבון, לפי הדינים החלים, תקופת ביטוח של פחות משנים עשר חודש לענין חישוב הקצבה, לא ניתן לתבוע קצבה לפי דינים אלה, במקרים אלה דינן של תקופות הביטוח - יהיו פרקי הזמן שבהם היו, אשר יהיו, לענין חישוב הקצבה כדיון תקופות הביטוח שיש להביאן בחשבון לפי הדינים של בעל האמנה השני, והוא מבלי לפגוע באמור בסעיף 21(1).

ו ברפובליקה הפדראלית גרמניה -
 על ידי קופת החולים הכללית המסומית
 (Allgemeine Ortskrankenkasse)
 המוסמכת למקום המצאו.

(2) על מתן הגימלאות בעין יחולו הדינים המחייבים את המבצע במקום המצאו של הנדון.

(3) שיקום מקצועי שיש לתתו לפי סעיף קמן (1), יינתן על ידי המבצא של ביטוח תאונות בשטח המדינה שבו נמצא הנדון, לפי הדינים החלים על אותו מבצע. מוסמך הוא המבצע של ביטוח תאונות שהיה מוסמך אילו היו צריכים לפסוק בתביעה לגימלה לפי הדינים של אותו בעל אמצה.

(4) במקום המבצע כמפורט בסעיף קמן (1) רשאי המבצע של ביטוח תאונות כמפורט בסעיף קמן (3), משפט שני, לתת את הגימלה.

(5) אברים מלאכותיים וגימלאות בעין, בעלי משמעות כספית ניכרת, לא יסופקו - זולת במקרים של דחיפות מוחלטת - אלא בהסכמתו של המבצע המוסמך. דחיפות מוחלטת קיימת אם אין לדחות את מתן הגימלה מבלי לסכן סיכון הציבי את חייו או את בריאותו של הנבוגע בדבר.

(6) סעיף 13(3) יחול בשוניים המחוייבים.

(7) גימלאות בכסף - למעט קצבה, פיצויים, דמי סיפול ומענק למגרת מוות - ישולמו, לפי בקשת המבצע המוסמך, על ידי המבצע כמפורט בסעיף קמן (1)

סעיף 16

(1) המבצע המוסמך יחזיר למבצע של מקום המצאו של הנדון את הסכומים שהוצאו לפי סעיף 17, למעט הוצאות המנהל.

סעיף 15

(1) לענין התביעה לגימלה מכח מחלה מקצוע, יביא המבצע של אחד מבעלי האמנה בחשבוון גם את העיסוקים של הנדון בשטח בעל האמנה השני שלפי מיבם היו עלולים לגרום למחלה כאמור. קיימת במקרה זה תביעה לגימלה לפי הדינים של שגי בעלי האמנה, לא יינתנו הגימלאות בעין והגמלאות בכסף, למעט הקצבה, אלא לפי הדינים של בעל האמנה שבשטחו דרך כלל במצא הזכאי. באשר לקיצבה, יתן כל אחד מהמבצעים את אותו החלק בלבד שיחסו לסך כל הקצבה ביחס התקופה של העיסוקים בשטח בעל האמנה שאתו גמנה המבצע, לתקופת כלל העיסוקים שיבואו בחשבוון לפי המשפט הראשון,

(2) סעיף קטן (1) יחול גם על מתן קצבת שאיזים והסיוע לשאיזים.

סעיף 16

(1) סעיף 4(1) לא יחול על מתן גימלאות בעין לפי שעבר לשטח של בעל האמנה השני בחקופת הטיפול הרפואי אלא אם המבצע המוסמך הסכים תחילה שיעבור לשם כאמור.

(2) אין לסרב למתן ההסכמה לפי סעיף קטן (1) אלא בשל מצב בריאותו של הנוגע בדבר. יכול שתינתן ההסכמה אחרי המעשה, אם הנוגע בדבר לא הגיש בקשה לכך מראש מסיבות שיש בהן משום הצדקה.

סעיף 17

(1) גימלאות בעין שמבצע של אחד מבעלי האמנה חייב לתתן לאדם פלוני בשטח של בעל האמנה השני, יינתנו, מבלי לפגוע באמור בסעיף קטן (3) -

במדינת ישראל -

על ידי המוסד לביטוח לאומי;

(4) חל סעיף 4(1), ייחול, על פי בקשתו של המבצע המוסמך, גימל: בכסף על ידי המבצע, כמפורט בסעיף קמ"א (1), במקום המצאו של הנז

(5) המבצע המוסמך יחזיר למבצע של מקום המצאו של הנזון את הסכום שהוצאו לפי הסעיפים הקטנים (1) ו-(4), למעט הוצאות המנהל.

(6) על פי הצעת המבצעים הנוגעים בדבר רשאויות הרשויות המוסמכות להתנות שהסכומים שהוצאו, יוחזרו, לשם פישוט מינהלי, על ידי סמך, הן בכל המקרים והן בסוגים מסוימים של מקרים.

פרק 2

ביטוח תאונות

סעיף 14

(1) בקבע בדינים של אחד מבעלי האמנה שיש להביא בחשבון, לענין התביעה לגימלה מכח פגיעה בעבודה (מחלת מקצוע), כמשמעותה בדין אלה, פגיעות בעבודה (מחלות מקצוע) קודמות, יחול הדבר גם על פגיעות בעבודה (מחלות מקצוע) קודמות שחלים עליהן הדינים של בעל האמנה השני, כאילו הדינים של בעל האמנה הראשון היו חלים עליהן בזמנן. דין פגיעות (מחלות) המוכרות, לפי דינים אחרים הנמצאים עם המשפט הציבורי, כפגיעות, או כאירועים המזכים בפצויים כדין הפגיעות (המחלות) שיש להביאן בחשבון.

(2) המבצע המוסמך לפצוי על האירוע המבוסס המאוחר יותר יקבע את הגימלה שעליו לתתה, לפי אותה דרגת ההפחתה של כושר ההשתכרות עקב הפגיעה בעבודה (מחלת המקצוע) שעליו להביאה בחשבון לפי הדינים המוביציפאליים החלים עליו.

(2) סעיף קטן (1) יחול בשינויים המחוייבים על גימלאות שהענקתן בשיקול דעתו של מבצע בלבד.

סעיף 12

סעיף 4(1) לא יחול על אדם, כל עוד ביתן לתבוע גימלאות לזכותו לפי דיני אותו בעל אמנה שבשסחר הוא נמצא.

סעיף 13

(1) חל סעיף 4(1), ייבחנו הגימלאות בעין -

במדינת ישראל -

על ידי המוסד לביטוח לאומי;

ברפובליקה הפדראלית גרמניה -

על ידי קופת החולים הכללית המקומית

(Allgemeine Ortskrankenkasse)

המוסמכת למקום המצאו של הנדון.

(2) על סתן הגימלאות בעין יחולו הדינים המחייבים את המבצע במקום המצאו של הנדון, למעט הדינים בדבר תקופת סתן הגימלה, חוג בני המשפחה שיבואו במנין, ולמעט הדינים הנוגעים לעניינים אלה והמסד את ההליכים שגריב לבירור תביעות לגימלאות.

(3) בני אדם ומוסדות שהתקשרו עם המבצעים המפורטים בסעיף קטן 1) בחוזים על סתן גימלאות בעין למוסחים על ידי המבצעים כאמור ולו משפחותיהם, חייבים לתת גימלאות בעין גם לבני האדם המפורטים בסעיף 4(1), והוא באותם התנאים, כאילו בני אדם כאמור היו מבוטח על ידי המבצעים המפורטים בסעיף קטן 1) או היו בני משפחה של מבוטחים כאמור וכאילו חוזים אלה היו חלים גם על בני אדם כאמור.

העסקתו בתחולת הדיון של הארץ שבה הוא מועסק. הבחירה תהא בדרך מתן הודעה למעביד. הדינים שבחר בתחולתם, יחולו מיום מתן ההודעה.

(3) סעיפים קטעים (1) ו-(2) יחולו, בשינויים המחוייבים, על עובדים כמפורט בסעיף קטן (1) הסועסקים על ידי מעביד אחר, בעל אופי ציבורי.

סעיף 10

על פי בקשה טעותפת של העובד והמעביד או על פי בקשתו של אדם שוינו כדיון עובד כמשמעותו בסעיף 8, רשאית הרשות המוסמכת של בעל האמנה, שדינו היו חלים לפי הסעיפים 5 עד 9, לפטור מתחולת דינים אלה, אם על הגוגע בדבר יוטלו הדינים של בעל האמנה השני בשעת ההכרעה יתחשבו במיב ובנסיבות של העיסוק. לפני מתן ההכרעה תינתן לרשות המוסמכת של בעל האמנה השני הזדמנות להשמיע את דבריה. לא היה העובד מועסק בשטחו של בעל האמנה השני, רואים אותו כאילו הועסק במקום שבו הועסק קודם לאחרונה. לא היה מועסק קודם בשטח בעל האמנה השני, רואים אותו כאילו הוא מועסק במקום שבו נמצא מושבה של הרשות המוסמכת של בעל אמנה זה.

חלק ב' הוראות מיוחדות

פרק 1

גימלאות למקרה של לידה

סעיף 11

(1) לענין התביעה לגימלה ותקופת מתן הגימלה יחולו תקופות הגימול המזכות לפי הדינים של שבי בעלי האמנה וכן התקופות של קבלת גימלה, במידה שתקופות אלה אינן חופפות.

סעיף 6

בשלח עובד המועסק בשטח אחד מבעלי האמנה על ידי מפעל שאתו הוא נמנה דרך כלל - על ידי אותו מפעל לשטח בעל האמנה השני כדי לבצע שם עבודה על חשבון אותו מפעל, יחולו בזמן העסקתו בשטח בעל האמנה השני הדינים של בעל האמנה הראשון כאילו המשיך להיות עובד מועסק בשטחו, והוא הדין גם כשלמפעל סניף בשטח בעל האמנה השני.

סעיף 7

(1) על הצרות של כלי שיט המפליג בים יחולו הדינים של בעל האמנה שאת דגלו כלי השיט מניף.

(2) הועסק עובד הנמצא דרך כלל בשטח של אחד מבעלי האמנה, זמנית בכלי שיט המפליג בים והמניף את דגלו של בעל האמנה השני, על ידי מעביד שמקום מושבו הוא בשטח של בעל האמנה הראשון ושאיגרו בעל כלי השיט, יחולו הדינים של בעל האמנה הראשון כאילו הועסק בשטחו.

סעיף 8

סעיפים 5 עד 7 יחולו, בשנויים המחוייבים, על מי שרינו כדין עובד, לפי דינים המפורטים בסעיף 2.

סעיף 9

(1) הועסק אזרח של אחד מבעלי האמנה על ידי בעל אמנה זה או על ידי חבר הסגל או משרת בנציגות רשמית של אותו בעל אמנה בשטח בעל האמנה השני, יחולו הדינים של בעל האמנה הראשון.

(2) היה עובד כאמור בסעיף קטן (1) לפני תחילת העסקתו דרך כלל נמצא בארץ העסקתו, יהא רשאי לבחור, תוך 3 חדשים אחרי תחילת

(ג) בני אדם אחרים, לגבי הזכויות המוענקות להם מכוח
אזרח של אחד מבעלי האמנה -

והוא אם הם נמצאים דרך כלל בשטח אחד מבעלי האמנה.

(2) גימלאות על פי הדינים של אחד מבעלי האמנה יוענקו לאזרחים
של בעל האמנה השני הנמצאים דרך כלל מחוץ לשטח בעלי האמנה,
בתנאים הנהוגים לגבי אזרחיו של בעל האמנה הראשון הנמצאים שם
דרך כלל.

סעיף 4

(1) באין הוראה אחרת באמנה זו, לא יחולו הדינים של אחד מבעלי
האמנה, שלפיהם לידת העילות של תביעות לגימלאות או סתן גימלאות
או חשלומן של גימלאות בכסף תלויים בהמצאותו של הזכאי בפנים
הארץ, על המפורטים בסעיף 3(1) הנמצאים בשטח בעל האמנה השני.
הוא הדין, בשיבויים המחויבים, לגבי אלה שלא פורטו בסעיף 3(1)
במידה שלא מדובר בתשלום קצבות או מענקים חד-פעמיים לפי הדין;
המפורטים בסעיף 2(1) (1) (ב) ו- (ג) וכן בסעיף 2(1)(2) (ב) ו- (ג)

(2) סעיף קטן (1) לא יגרע מהדינים על הענקת אמצעים לשמירת
כושר העבודה, שיפורו והחזרתו לפי הדינים המפורטים בסעיף 2(1)
פסקה (1)(ג) ופסקה (2)(ג).

סעיף 5

על חובת הביטוח של עובדים יחולו, באין הוראה אחרת בסעיפים
6 עד 10, הדינים של בעל האמנה שבשטחו הם מועסקים, והוא הדין
גם אם המעביד נמצא בשטחו של בעל האמנה השני.

(1) דיני גרמניה על -

- (א) ביטוח בריאות וכן הגנת האם העובדת, במידה שנושאם מתן גימלאות בכסף או בעין על ידי המבצעים של ביטוח בריאות;
- (ב) ביטוח תאונות;

(ג) ביטוח פנסיות והביטוח הנוסף לעובדי התעשייה המלי (Rüttenknappschaftliche Zusatzversicherung)

(2) דיני מדינת ישראל על -

- (א) ביטוח אמהות;
- (ב) ביטוח נפגעי עבודה ומחלות מקצוע;
- (ג) ביטוח זקנה ושאיירים.

(2) דינים כמשמעותם בסעיף קטן (1) - למעט אלה שמקורם, לגבי אחד מבעלי האמנה, באמנות בין-לאומיות או בדינים של הקהילות האירופיות או המשמשים לביצועם של אלה, במידה שאין בהם הסדרים בדבר הבטל הפנימי במתן גימלאות הביטוח.

סעיף 3

(1) באין הוראה אחרת באמנה זו, יהא, לענין תחולת הדינים של או מבעלי האמנה, דינם של אלה כדין אזרחיו של אותו בעל אמנה -

(א) אזרחיו של בעל האמנה השני;

(ב) פליטים כמשמעותם בסעיף 1 לאמנה על מעמדם של הפליטים מיום 28 ביולי 1951 ופרוטוקול לאמנה זו מיום 31 בינואר 1967;

לגבי הרפובליקה הפדראלית גרמניה - השר' הפדראלי לענייני עבודה
והסדר סוציאלי;

5. "מבצע" -

המוסד או הרשות שהוסל עליהם ביצועם של דינים המפורטים
בסעיף 2(1);

6. "מבצע מוסמך" -

המבצע המוסמך לפי הדינים החלים בנדרון;

7. " עיסוק" -

עיסוק או פעילות כמשמעותם בדינים החלים בנדרון;

8. "תקופת דמי ביטוח" -

פרק זמן אשר לגביו, לפי הדינים של אחד מבעלי האמנה, שולמו
דמי ביטוח או רואים דמי ביטוח כאילו שולמו;

9. "תקופה שוות ערך" -

פרק זמן, במידה שדינו כדיון תקופת דמי ביטוח;

10. "תקופת ביטוח" -

תקופת דמי ביטוח או תקופה שוות ערך;

11. "גימלה בכסף" -

גימלה בכסף או קצבה, לדבות כל התוספות, תשלומי ההשלמה
וההעלאות.

סעיף 2

(1) אמנה זו תחול, באין בה הוראה אחרת, על -

[HEBREW TEXT — TEXTE HÉBREU]

אמנה בין הרפובליקה הפדראלית גרמניה לבין מדינת ישראל
על ביטחון סוציאלי

הרפובליקה הפדראלית גרמניה ומדינת ישראל
ברצותן להשריר את יחסייהן במישור הביטחון הסוציאלי, הסכימו
ביניהן כדלקמן:

חלק א' הוראות כלליות

סעיף 1

באמנה זו יהיה פירושן של המונחים כדלהלן:

1. "שטח" -

לגבי מדינת ישראל - שטח מדינת ישראל;

לגבי הרפובליקה הפדראלית גרמניה - תחום תחולתו של חוק היטו
לרפובליקה הפדראלית גרמניה;

2. "אזרח" -

לגבי מדינת ישראל - אזרחי ישראל;

לגבי הרפובליקה הפדראלית גרמניה - גרמני כמשמעותו בחוק היטו
לרפובליקה הפדראלית גרמניה;

3. "דינים" - החוקים, התקנות, חוקי העזר ומסמכים אחרים בני
תחיקתי המתייחסים לענפי הביטוח הסוציאלי המפורטים בסעיף 2(1)

4. "רשות מסמכת" -

לגבי מדינת ישראל - שר העבודה;